



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/284 - 14. Dezember 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Führungswechsel in Hamburg

98

Max Brauer verabschiedet sich vom Senat

Von Johannes Richter,

Mitglied der Hamburger Bürgerschaft

3-3a

Wer zerstörte die Legende von der "Kollektivschuld"?

67

Zur mutigen Rede des Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier

Von G. Markscheffel

4 - 5

Griechenland - ein brodelnder Vulkan

73

Korruption lähmt die Entwicklung zur Demokratie

Von unserem Balkan-Korrespondenten, Dr. Basil Mathiopoulos

6

Kalte Füße bei der FDP in Rheinland-Pfalz

49

... aber kein Protest gegen Konfessionalisierung
des Schulwesens

* * * *

Zur Beachtung: Für die Weihnachtsausgaben der Zeitungen veröffent-
lichen wir morgen einen Artikel von Ludwig Metzger, MdB

Auf die Taten kommt es an!

Gedanken zum Weihnachtsfest

* * *

Führungswechsel in Hamburg

Max Brauer verabschiedet sich vom Senat
Von Johannes Richter,
Mitglied der Hamburger Bürgerschaft

Mit Ablauf dieses Jahres vollzieht sich in Hamburg eine bedeutende Veränderung in der Führung des Stadtstaates. Max Brauer, politische Persönlichkeit von internationalem Ruf und seit eineinhalb Jahrzehnten profiliertester Repräsentant der Freien und Hansestadt Hamburg, scheidet aus seinem Amt als Erster Bürgermeister und Präsident des Senats, um es in die Hände seines um 15 Jahre jüngeren Parteifreundes und Senatskollegen Dr. Paul Nevermann, dem jetzigen Bausenator, zu legen.

Dieser Wechsel im Bürgermeisteramt kommt nicht überraschend; er hat weder einen aktuellen Anlass, noch ist er durch innere Gegenstände bedingt. Er ist allein der faire Vollzug von politischen Überlegungen, die Max Brauer und seine Parteifreunde vor drei Jahren anstellten, als sie sich zum Kampf um die Zerschlagung der damaligen Blockmehrheit im Landesparlament und um die Erringung einer sozialdemokratischen Mehrheit rüsteten.

Max Brauer, damals schon 70-jährig, aber wie eh und je die überragende Kämpfernatur und ausgestattet mit einem großartigen Prestige in allen Bevölkerungskreisen, hatte sich seiner Partei wieder als Spitzenkandidat zur Verfügung gestellt, jedoch mit ihrer Leitung vereinbart, das ihm zuge dachte Amt des Ersten Bürgermeisters nur noch für die Dauer von drei Jahren zu übernehmen. Sodann sollte es, also ein Jahr vor Beendigung der Legislaturperiode, an Dr. Paul Nevermann übergehen, der sich während der Herrschaft des Hamburgblocks als Führer der Opposition hervorragend bewährt hatte. Diese Abmachung stand in engem Zusammenhang mit der Ankündigung im Wahlprogramm der SPD, auch im Falle einer absoluten SPD-Mehrheit eine Senatsbildung auf breiter Grundlage vorzunehmen und dem durch seine fortgesetzten inneren und perschnellen Krisen völlig diskreditierten Blocksenat nun ein arbeitsfähiges und arbeitsfreudiges Team folgen zu lassen. Es war der ausgesprochene Sinn jener Abmachung und der Erklärungen im Wahlprogramm, damit im Gegensatz zu den vom Bonner Regierungschef praktizierten Methoden autoritärer einsamer Entschlüsse ein neuen politischen Stil sichtbar zu machen. So, wie es jetzt auf dem Parteitag in Hannover auch Willy Brandt als Absicht der SPD klar gemacht hat. In der Hamburger Politik der letzten drei Jahre hat sich dieser neue politische Stil unter Brauers Führung bereits ausgezeichnet bewährt.

Mit seinem Ausscheiden aus dem Hamburger Senat tritt Max Brauer selbstverständlich nicht von der politischen Bühne ab. Sein Tätigkeitsfeld verlagert sich nur mehr auf die Ebene der Bundespolitik. Als Mitglied der "Mannschaft" der SPD für die bevorstehende Bundestagswahl steht er nach wie vor mit im Vordergrund des politischen Kampfes. Der Beschluss des Landesvorstandes der Hamburger SPD, Max Brauer als Spitzenkandidaten für die nächstjährige Bundestagsneuwahl zu nominieren, unterstreicht nur noch einmal, daß er auch weiterhin als der politische Repräsentant der Hamburger SPD anzusehen ist. Mit ihm und Herbert Wehner als zweiten Listenführer will die Hamburger SPD den Bundestagswahlkampf führen.

Es bedarf keines besonderen Nachweises, daß das Ausscheiden Max Brauers aus dem Senat in der Bevölkerung Hamburgs einen stärkeren Widerhall findet als sonst ein Ämterwechsel im Senatsgehege. Wie kaum ein anderer in den letzten Jahrzehnten hat Brauer sich die Sympathien der Hamburger weit über die Kreise seiner Partei hinaus zu erwerben vermocht. Seine allem Fortschritt aufgeschlossene Persönlichkeit, seine politische Tatkraft, die zahlreichen Impulse, die gerade er der Arbeit des Senats zu geben wußte, seine stets wache Erue zu den Grundsätzen einer sozialen und freiheitlichen Politik, ja, auch sein kämpferisches Temperament, das sich wiederholt in den mit hinreissender Leidenschaft durchfochtenen Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern zeigte, und nicht zuletzt auch seine Fähigkeit und Bereitschaft, in dem oft komplizierten Wechselspiel der zu Lösung anstehenden Fragen übergeordnete Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen, haben seine Mitarbeiter immer wieder beeindruckt. Sie strahlten auch weit hinaus in die Öffentlichkeit und vermittelten auch ihr das Bild einer überragenden Persönlichkeit. So hat es schon seiner tieferen Grund, wenn der Führer der CDU-Opposition in der Hamburger Bürgerschaft, der vormalige Bürgermeister Dr. Sieveking, dieser Tage seine Statrede, die sich noch im übrigen das Ziel setzte, die Leistungen des Senats nach Möglichkeit abzuwerten, mit einem nachhaltigen Dank an Brauer einleitete. Er habe, so beschleunigte ihm Dr. Sieveking, durch seine erfolgreiche Arbeit an der Spitze Hamburgs und durch seine Entschlossenheit gezeigt, was Führung sei.

Es würde den Rahmen dieser Betrachtung sprengen, die Verdienste Brauers im Einzelnen würdigen zu wollen. Für den Mann und sein Wesen möge das Bekenntnis zeugen, das er im Jahre 1924 ablegte, als er nach bereits mehrjähriger Tätigkeit im Magistrat, zum Oberbürgermeister der Stadt Altona gewählt wurde. "Ich bin", so sagte er damals, "in Altona geboren. Als Arbeiterkind bin ich hier groß geworden; durch die Volksschule bin ich gegangen, um selbst Arbeiter zu werden. Die widrigen sozialen Verhältnisse der unteren Volksschichten habe ich am eigenen Leibe kennengelernt. Arbeitslosigkeit, Wohnungselend, alles, was die breiten Volksschichten bedrückt, ist mir bekannt. Ich habe wie viele junge Arbeiter gehungert und gedürstet nach Bildung und Wissen. Wenn ich jetzt die Führung der Stadt übernehme, so tue ich es mit dem unbeugsamen Willen, alle Kraft daran zu geben, die sozialen und wirtschaftlichen Nöte unserer Bevölkerung zu mildern und zu überwinden"

Max Brauer hat sein Versprechen gehalten. Er hat die Erwartungen, die an seine Wahl geknüpft wurden, in überreicher Masse erfüllt. Sein Weg als Politiker ist allezeit durch die aufbauende Tat bestimmt gewesen. So ist sein Name nicht nur in Hamburg und dessen unmittelbarer Nachbarschaft zu einem Begriff geworden für die aufbauende und solide Arbeit der Sozialdemokratie. In besonderen um Hamburg, aber nicht nur um Hamburg, hat Max Brauer sich verdient gemacht!

In einer großen Kundgebung, zu der der amtierende Bürgermeister Edgar Engelhard (FDP) für den Abend des 20. Dezember auf dem Rathausmarkt in Hamburg aufgerufen hat, wird Max Brauer in aller Öffentlichkeit der Dank der Bevölkerung für die von ihm geleistete hervorragende Aufbauarbeit ausgedrückt werden.

Wer zerstörte die Legende von der "Kollektivschuld"?

Zur mutigen Rede des Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier

Von G. Markschoffel

Es ist gut, dass Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmaier am Dienstag im Bundestag aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des Bundesjugendplanes eindeutige Worte gegen die Legende von der Kollektivschuld des deutschen Volkes gesprochen hat. Die Feststellung Gerstenmaiers, dass es für die Verbrechen des Hitlerregimes, die im Namen des deutschen Volkes begangen wurden, eine Kollektivhaftung gibt, entspricht den sittlich-moralischen Verpflichtungen eines Volkes, das eine Zeitlang von Diktatoren missbraucht wurde und im Begriff ist, sich wieder in die Gemeinschaft der freien Völker einzufügen.

Wir wissen, dass Präsident Gerstenmaier zu jenen Männern gehört, die mutig den Ungeist des "Tausendjährigen Reiches" bekämpften. Deshalb wäre er dazu berufen gewesen, den jungen Menschen, die seinen Worten lauschten, auch zu sagen, war den Kampf gegen Hitler geführt hat und damit einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung eben jener Legende von der Kollektivschuld des deutschen Volkes leistete.

Das gehört nämlich zusammen. Wenn die junge Generation von heute weiss, dass es viele, viele Deutsche gegeben hat, die gegen Hitler aufgestanden waren, für ihren Aufstand Lebensglück und das Leben selbst opferten, wird sie eher verstehen, wie es möglich war, die im Ausland weitverbreitete Legende von der Kollektivschuld des deutschen Volkes zu zerstören.

Wenige Monate nach der sogenannten Machtergreifung durch Hitler im Jahre 1933 wurden bereits etwa 250 000 Deutsche in den Konzentrationslagern gefangen gehalten. Viele von ihnen starben dort, grausam gefoltert, und nur sehr wenige konnten 1945, geschunden an Leib und Seele, die Freiheit wieder erleben. Die Zuchthäuser des Dritten Reiches waren mit politischen Gefangenen überfüllt, mit Tausenden von Frauen und Männern, die sich gegen Hitler aufgelehnt hatten. Die Zahl der Hingerichteten - aus politischen Gründen Hingerichteten! - konnte bis heute noch nicht sicher ermittelt werden. Die Ermordung von fünf bis sechs Millionen Juden, die nichts anderes "verbrochen" hatten, als Juden zu sein, nährte aber dann im Ausland die Legende von der Kollektivschuld des deutschen Volkes.

Es gab Frauen und Männer, die trotz der sie ständig umlauern-
den Gefahren, das andere, das bessere Deutschland verkündeten. Zu ihnen
gehörten alle jene, die sich dem Zugriff der Gestapo entziehen konnten,
die illegal in Deutschland selbst, oder ausserhalb der deutschen
Grenzen, die Fahnen der Freiheit hochhielten und der Welt durch ihr
Beispiel verkündeten, dass nicht das ganze deutsche Volk Hitlers Taten
billigte. Zu jenen, die die Kollektivschuld-Legende zerstörten, gehör-
ten als erste aber auch die Parteien der Sozialistischen Internationale,
an ihrer Spitze der grosse französische Sozialist Léon Blum, der so-
fort nach seiner Rückkehr aus dem Konzentrationslager Buchenwald dem
französischen Volk laut sagte, dass es keine Kollektivschuld irgend-
eines Volkes gebe.

Zu den Zerstörern der Kollektivschuld-Legende sind auch zu zählen
die Staatsmänner der Sozialdemokratischen Parteien in Skandinavien,
von denen viele selbst in deutschen Konzentrationslagern waren, andere
im engsten Kontakt mit deutschen Hitlergegnern sich davon überzeugen
konnten, dass es ein anderes Deutschland gibt.

Nicht vergessen wollen wir jene mutigen Frauen und Männer, die aus
Glaubensgründen, sei es im Rahmen der katholischen oder evangelischen
Kirche, auch während der Hitlerzeit unter Einsatz ihres Lebens inter-
nationale Verbindungen aufrecht erhielten und sofort nach 1945, als
man das ganze deutsche Volk für schuldig erklärte, den Gedanken an eine
Kollektivschuld abzubauen halfen.

Wir sind dem Bundestagspräsidenten dankbar, dass er vor den Ver-
tretern der deutschen Jugend dieses Thema angesprochen hat. Aber wir
würden es begrüessen, wenn er bei einer nächsten geeigneten Gelegenheit
diejenigen historischen Tatbestände darstellte, die der Welt und der
jungen Generation von heute deutlich zeigten, dass die Überwindung der Le-
gende von der Kollektivschuld unseres Volkes mit das Werk mutiger Frauen
und Männer war, von denen heute noch viele unter uns leben.

+ + +

Griechenland - ein brodelnder Vulkan

Von unserem Balkan-Korrespondenten, Dr. Basil Mathiopoulos

Die Spatzen pfeifen es bereits von den Dächern: Die Regierung Karamanlis, deren vorgebliche Solidität in Wirklichkeit auf tönernen Füßen ruhte, ist seit Ende September vom Gewitterregen heikler politischer Komplikationen in den Pfuhl zwielichtiger Affären gerutscht. Drei prominente Regierungsmitglieder wurden in der noch immer vor Gericht anhängigen Mertenauffäre, die bekanntlich von deutschen Zeitungen an die große Glocke gehängt wurde, der Kollaboration mit der ehemaligen Besatzungsmacht des Hitlerregimes beschuldigt.

Dies scheint nur der Auftakt einer Kettenreaktion hochnotpeinlicher Ereignisse gewesen zu sein. Während man sich in Athener Kaffeehäusern genauso wie im Parlament über diese angedeutete Möglichkeit ereiferte, untersog ein Abgeordneter der Opposition die politische Weste des stellvertretenden Ministers für Wiederaufbau, Kefalogiannis, einer gründlichen Untersuchung. Die bisher vorsorglich vertuschten schwarzen Flecken lauten: Die Brüder dieses hohen Staatsbeamten betreiben im Wahlkreis ihres ministeriellen Blutsverwandten auf der Insel Kreta eine lukrative Opiumproduktion. Da Kefalogiannis paradoxerweise auch noch zu Unrecht sich den Titel eines "Rechtsanwalts" zulegte, legte ihn dieser politische Oberdal der ersten Dezemberwoche von der politischen Bühne.

Doch der Vorhang zum nächsten Akt der politischen Tragödie öffnete sich bereits. Es stellte sich heraus, daß die persönlichen Referenten des stellvertretenden Verkehrsministers Konitzas einen schwunghaften Handel unter der Hand trieben mit den Sonderkarten, deren Besitz höheren Regierungsbeamten freie Fahrt auf bestimmten Verkehrsmitteln erlaubt; sie setzten diese Billets zum Preise von 100 bis 300 DM ab. Diese geschäftliche Rührigkeit verursachte bei ihrem Chef einen Herzinfarkt, während sich die Schuldigen vor einem Gericht verantworten müssen.

Das Maß wird voll durch eine gesetzmäßig verankerte Absonderlichkeit, die viel Staub in den letzten Tagen in Griechenland aufwirbelte. Die Regierung hat im Parlament ein Gesetz durchgebracht, das die rechtliche Grundlage bilden soll zur Gründung einer Aluminiumindustrie, die mit 50 Mill. Dollar Investitionskapital das größte Industrieprojekt des Landes sein wird. Hauptaktionäre innerhalb der Gruppe der als Finanziers zeichnenden französischen Großindustriellen sind der kapitalkräftige Pessiney und der griechische Großbreeder Niarchos. Den Bockfuß dieser Angelegenheit entdeckte die Opposition. Sie bewies unwiderlegbar in einer Parlaments-

debattierte, daß der griechische Staat dieser Gesellschaft den notwendigen Kraftstrom zur Produktion unter dem Selbstkostenpreis verkaufen wird. Der unscheinbar anmutende Preisnachlaß von 1/2 Pfennig pro Kilowattstunde wird bei der vertraglich gesicherten Gewährungsdauer von 50 Jahren den griechischen Staat nicht weniger als 380 Millionen Dollar kosten. Die Reaktion der griechischen Öffentlichkeit ist eindeutig. Selbst 40 der 170 Abgeordneten der Regierungspartei bekundeten ihren Unwillen über dieses unverständliche Geschäftsgebahren durch ihr ostentatives Fernbleiben bei der entscheidenden Abstimmung.

Anfang Dezember präsentierten die griechischen Bauarbeiter auf ihre Weise die fällige Quittung. Es kam zu noch nicht abgeklungenen Streikunruhen in Athen, in deren Verlauf es zu einer regelrechten Straßenschlacht mit der Athener Polizei kam. Die 55 verletzten Polizisten und 63 verwundeten Arbeiter sind zwar sicher auf die Aufwiegelungstaktik kommunistischer Akteure zu buchen. Doch lassen sich bei den nur beispielweise angeführten Ereignissen die spontanen Entladungen einer jahrelang aufgespeicherten Enttäuschung und Verbitterung einer sozial mißbrauchten Mehrheit nicht als "rote Welle" bagatellisieren und sinnentstellend degradieren. Die soziale Lage, die sich in letzter Zeit besonders verschlechterte, brachte die Lawine ins Rollen. Die Preise für die wichtigsten Lebensmittel ziehen stetig an ohne den entsprechenden Lohnausgleich. Das Existenzminimum des griechischen Arbeiters liegt weit unter dem gewohnten Lebensstandard westeuropäischer Prosperität. Auswanderung ist für viele gesunde junge Menschen der einzige Ausweg, wie der anhaltende Zustrom griechischer Arbeiter in der Bundesrepublik beweist. Wenn man die 250 000 Arbeitslose den über 800 000 Unterbeschäftigten beigesellt, lautet die nüchterne Prognose: 10 Prozent der Gesamtbevölkerung ist ohne den notwendigen Lebensunterhalt.

Schläft Griechenland? Die Liberalen unter ihrem Führer Venizelos haben sich mit der "Nationalen Bewegung" des Generals Grivas koordiniert, der seit Ende Oktober wieder die politische Initiative ergriffen hat. Profilierte Staatsmänner wie der ehemalige Ministerpräsident Papandreu und der frühere Koordinatsminister Markosinis sind als die zentralen Figuren bei der notwendigen Neuordnung anzusehen. Neben der innenpolitischen Restauration nach demokratischen Grundsätzen wird eine dynamische Außenpolitik an der Seite des Westens stehen. Wann? Ein Vulkan kann lange brodelnd gären, austreten wird er vielleicht mit eruptiver Gewalt.

Kalte Füße bei der FDP in Rheinland-Pfalz

... aber keinen Protest gegen Konfessionalisierung
des Schulwesens

L.Sch. - Liberale Leidenschaft kann bei den Freien Demokraten eine gut funktionierende Heizung nicht mehr ersetzen! Diese enttäuschende Erkenntnis brachte die Haushaltsdebatte im rheinland-pfälzischen Landtag in dieser Woche. Obwohl auch den FDP-Abgeordneten reichlich Gelegenheit geboten war, sich am Etat des Ministeriums für Unterricht und Kultus und seiner Tendenz der weiteren Konfessionalisierung des Schul- und Bildungswesens zu erhitzen, ließen sie sich von den physischen Auswirkungen eines leichten Temperatursturzes überwältigen.

Spannung knisterte im Plenarsaal des Mainzer Parlaments, als der Präsident eine Erklärung des FDP-Fraktionsvorsitzenden, Staatsanwalt z.D. Fritz Schneider, ankündigte. Auf der Presstribüne wurden die bereits verstaubten Kugelschreiber wieder in Alarmzustand versetzt. Eine Unterbrechung der Mittagspause blieb ihnen jedoch erspart. Der FDP-Fraktionschef sprach nämlich nicht von rückschrittlicher Kulturpolitik oder überhitzter Konjunktur, sondern rügte ganz profan die eisige Temperatur im Plenarsaal. Die Unterkühlung parlamentarischer Füße - alarmierender Zwischenruf aus seinen Reihen: "Eisbeine!" - ließ ihn düster krakeln, daß den Abgeordneten Bettlägerigkeit statt verdienter Festtagserholung drohe! Der Freie Demokrat am Rednerpult machte sich zum Dolmetsch sämtlicher kalten Füße im politischen Leben von Rheinland-Pfalz und forderte von den Landtags-Heizern kategorisch die sofortige Beseitigung solch massiver Bedrohung kostbarer Parlamentarier-Gesundheit.

Die Freien Demokraten sind entweder besonders kälteempfindlich oder tatsächlich auf der Winterseite des Landtagsgebäudes in Mainz plaziert. Dies geht jedenfalls aus der ergänzenden Erklärung des FDP-Abgeordneten Julius Kranzbühler hervor, der in einem kleinen Kreis mitfühlender Freunde und Journalisten die besondere Vereisung seiner Fraktion unterstrich. "Vielleicht will man uns auf diesem eiskalten Wege aus der Gesetzgebungsarbeit ausschalten!" versuchte er sich in hintergründigen Humor.

Wie sehr er die Dankbarkeit der CDU-Regierungspartei von Rheinland-Pfalz für einen zwar kleinen, aber bequemen Koalitionspartner damit unterschätzt hatte, wurde zwei Stunden später augenscheinlich. In der Mittagspause hatte die Landtagsverwaltung ihre sehr verständliche Wertschätzung der angeblichen "dritten Kraft" im politischen Leben unserer Demokratie mit der Installation von sechs zusätzlichen elektrischen Heizkörpern neben den FDP-Plätzen im Parlament nachdrücklich unter Beweis gestellt. Man hatte sich die kalten Füße der Freien Demokraten etwas kosten lassen! Schnattern, Zähneklappern und Schüttelfröste blieben die Anhebung zu politischen Ausdrucksmitteln der FDP noch einmal versagt.

Für die Landtagsheizter von Mainz kann es aus dieser bedenklichen Teilnahmslosigkeit am gesundheitlichen Wohlergehen und Wärmehaushalt der Freien Demokraten nur eine Lehre geben: in Zukunft mehr Dampf unter die Parlamentstühle der Freien Demokraten!

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel